



8. 1. Fragestunde im Amtsjahr 2017/2018

Der Gemeinderatspräsident erläutert das Vorgehen. Insgesamt sind 15 Fragen eingereicht worden. Die Beantwortung erfolgt in der Reihenfolge des Eingangs. Der Ratspräsident weist darauf hin, dass die Begründungen der Fragen kurz zu halten sind.

1. Orlando Wyss (SVP):

Aufhebung P+R-Parkplätze am Stettbach

„Während der Beratung des Geschäfts „Privater Gestaltungsplan Areal Hoffnig“ wurde uns in der KRL mitgeteilt, dass während der Bauphase ein Ersatz für die Park and Ride Parkplätze in Stettbach gesucht werde. Völlig überraschend mussten die Benutzer dieser Parkplätze vor ca. einem Monat auf einer Infotafel erfahren, dass es zwischen Dezember 2017 und September 2021 keinen Ersatz für diese Parkplätze gibt. Ein nicht haltbarer Zustand, wenn man die Wichtigkeit und die Nutzung dieser Parkplätze kennt.“

Fragen

1. Was ist der Grund, dass die Park and Ride Parkplätze in Stettbach ersatzlos aufgehoben werden?
2. Was wurden für Alternativlösungen gesucht?
3. Mit wem wurden über die Parkplatzzuche Gespräche geführt?“

Stadtpräsident Lothar Ziörjen (BDP)

„Es ist richtig. Wir haben tatsächlich darüber diskutiert, was wir mit diesen P+R-Parkplätzen während der Bauzeit machen. Als erstes haben wir mit der Bauherrschaft die Möglichkeiten gesucht, ob diese Parkplätze temporär in Etappen auf den jeweiligen zu bebauenden Grundstücken erstellt werden könnten. Es hat sich dann ergeben, dass dies aus praktischen Gründen nicht möglich ist. Vor allem, weil die Tiefgarage und die Unterniveaugarage das gesamte Grundstück betreffen bzw. es gibt einen Aushub, der eigentlich den ganzen Perimeter abdecken wird. Damit hat sich dies als nicht machbar ergeben. Wir haben dann weiter nach Lösungen gesucht. Wir hatten die Idee, dass das Gelände auf der gegenüberliegenden Seite des Bahnhofs, auf dem freien Gelände beim hinteren Ausgang der SBB, auf dem man vor Jahren einmal ein Parkhaus erstellen wollte, dafür genutzt werden könnte. Wir mussten auch darauf achten, dass sich diese Parkplätze in allernächster Fussdistanz befinden, damit sie überhaupt benutzt werden. Es hat sich wiederum ergeben, dass dies nicht geht, weil das Gelände nicht eingezont ist bzw. wurde durch eine Änderung des regionalen Richtplans durch den Regierungsrat und den Kanton bestimmt wurde, dass man dort keine P+R-Anlage erstellen dürfe. Auch noch ergeben hat sich - das hat mich dann auch etwas überrascht - dass man nicht nur keine definitive Anlage machen dürfe, sondern, dass auch eine temporäre Ersatzanlage auf diesem Grundstück nicht erstellt werden darf. Der Kanton bewilligt uns dies nicht. Es liegt gar nicht in unserer Hoheit, wir dürfen dies nicht machen. Dazu kommt, dass das Grundstück der Stadt Zürich gehört und nicht der Stadt Dübendorf. Ein Grundstück auf der anderen Seite, weiter hinten bei der Samsung Hall auf einer Reservezone, war das nächste, welches wir angeschaut haben. Dort hat sich dann das genau gleiche ergeben, nämlich dass es nicht geht. Es hat sich dann auch ergeben, dass andere Baugrundstücke, die heute noch frei wären, über die Jahre, in denen gebaut wird, nicht zur Verfügung gestellt werden wollen. Dort haben wir eine Absage erhalten. Und so hat sich eins ums andere ergeben, dass es eben nicht geht. Wir mussten konsterniert feststellen, dass wir im Bereich rundherum, der sich in Fussdistanz befindet, nicht fündig geworden sind, damit wir eine Ersatzanlage anbieten könnten. Darum haben wir uns gefragt, was wir im Moment machen können. Im Moment können wir rechtzeitig eine Tafel aufstellen und auf die P+R-Parkplätzen beim Bahnhof Dübendorf hinweisen. Damit wenigstens diejenigen, die immer wieder auf diesem Bahnhof sind, rechtzeitig lesen können, was die Alternative wäre. Wie werden aber weitersuchen und vielleicht finden wir auch noch eine Lösung. Im Moment haben wir aber noch keine.“



2. Alexandra Freuler (SP/Grüne): Friedhof

„Im hintersten Teil vom Friedhof, bei den Apfelbäumen, wurde vor wenigen Wochen ein neuer Weg inkl. vier Sitzgelegenheiten erstellt, da es eine neue Form von Bestattung geben wird (*zeigt Bilder*). Das Endresultat sieht auf den ersten Blick sehr hübsch aus. Leider hat man beim Bau der Sitzgelegenheit nicht an die Sommermonate resp. an die sonnigen Tage gedacht. Denn die Sitzgelegenheit besteht aus schwarzem Schieferstein. Das bedeutet, dass wenn die Sonne scheint, sich der Schieferstein erwärmt. Selbst im Oktober war die Sonne noch genügend stark, dass sich der Schieferstein erwärmt hat und es sehr angenehm war, sich darauf zu setzen. Bei warmen Temperaturen wird es aber nicht mehr möglich sein, diese Sitzgelegenheiten zu nutzen, da die Steine so heiss werden, dass man sich nicht mehr darauf wird setzen können.

Fragen

1. Wieso hat man sich für einen schwarzen Schieferstein entschieden, welcher zwar sehr schön aussieht, aber an schönen und warmen Tagen nicht mehr nutzbar ist?
2. Beim Bau des neuen Weges wurde ein Flies/Plastik eingebaut, damit das Unkraut nicht mehr wachsen kann. Obwohl der Weg nun fertig erstellt ist, schaut das Flies an vielen Orten hervor, was nicht sehr schön aussieht. Was wird unternommen, damit das Flies nicht mehr sichtbar ist? Vor allem beim Übergang neuer Weg zum Hauptweg?“

Stadtrat Jürgen Besmer (FDP)

„Die Fragen werden wie folgt beantwortet:

1. Wir haben natürlich dem optischen Aspekt eine hohe Gewichtung gegeben. Unser Bestreben ist klar, einen schönen und gepflegten Friedhof in Dübendorf zu haben. Diese Sitzgelegenheit ist relativ nahe beim Blätterdach der Obstbäume und den anderen Bäumen, so dass wir davon ausgehen, dass in den heissen Monaten genug Beschattung vorhanden ist. So sollte sich die Oberfläche nicht allzu stark erwärmen. Natürlich werden wir das Thema auch weiterhin beobachten. Wenn die Oberfläche wirklich heiss werden würde, könnten wir noch Massnahmen ergreifen.
2. Es handelt sich um Flies und nicht um Plastik, denn das Wasser muss durchfliessen können. Es ist gegen Unkraut, das von unten heraufwachsen könnte und dient auch als Stabilisation für den Weg. Die Bauphase wurde erst kürzlich abgeschlossen. Bei der Abnahme hat man diesen Punkt bemängelt. Bis Ende Woche 45 sollte dieser Mangel behoben werden.“

3. Angelika Murer Mikolasek (glp/GEU): Entenfüttern an der Glatt

„Inzwischen wurde die Glattbrücke saniert und der Uferbereich wurde neu gestaltet und aufgewertet. Gleich geblieben ist wohl die hohe Zahl der Enten bei der Glattbrücke, ein Anziehungspunkt gerade für Kinder. Die Enten werden jedoch sehr häufig mit Brot gefüttert. Brot enthält einige Inhaltsstoffe, die für Vögel schädlich sind (bspw. Salz). Zudem bindet das Füttern die Vögel an bestimmte Orte, was zum Teil zu massiven Verschmutzungen führt. Schliesslich fördert das Brot Ratten. Wenn man die Enten füttern möchte, wäre es besser, zu geeigneten Lebensmitteln zu greifen, wie Haferflocken, Salat, gekochter Reis, Mais etc. Seit Sommer 2015 ist das Füttern der Vögel am Greifensee und Pfäfersee verboten. Dort wird mit entsprechenden Tafeln darauf aufmerksam gemacht. In Dübendorf ist das Füttern soviel ich weiss zwar erlaubt, aber trotzdem schädlich.

Frage

1. Gibt es in Dübendorf Probleme wegen dem Entenfüttern wie Verschmutzung, Ratten etc.?
2. Was hält der Stadtrat von der Idee, allenfalls mit einer Informationstafel oder anderen geeigneten Massnahmen darauf aufmerksam zu machen, dass das Brotfüttern schädlich ist und welches Futter geeigneter wäre?“



Stadtrat Jürgen Besmer (FDP)

„Die Fragen werden wie folgt beantwortet:

1. Nein, es gibt kein Problem mit der Verschmutzung durch diese Tiere. Auch sind nicht mehr Ratten aufgekommen.
2. Wir sind uns dieser Problematik bewusst, dass diese Brotfütterung nicht unbedingt geeignet ist. Wir wollen aber noch zuwarten mit Infotafeln und zuerst die Situation beobachten und schauen, wie die Bevölkerung den Park im nächsten Frühling/Sommer überhaupt wahrnimmt. Denn bis jetzt wurde er eher schlecht genutzt. Sollten wir Personen beobachten, welche säckeweise Brot ausleeren, müssten wir selbstverständlich handeln. Bevor wir etwas verbieten, werden wir aber sicher zuerst mit Infotafeln arbeiten. Denn wenn wir es verbieten, müssen wir es nachher auch durchsetzen, was auch nicht immer einfach ist.“

4. Paul Steiner (SVP):

Umsetzung neue Parkverordnung

„Die Umsetzung der neuen Parkordnung gibt nicht nur mir zu denken, wie man verschiedenen Leserbriefen der letzten Wochen im Glattaler entnehmen konnte. Stellvertretend beziehe ich mich auf die Sonnenbergstrasse, bei der ich praktisch jeden Tag durchfahre. Hier wurden die Parkfelder zum Teil wie bisher belassen, zum Teil jedoch ohne nachvollziehbaren Grund, also völlig willkürlich, auf die Strasse verlegt. Damit ist - zumindest aus Laiensicht - die Verkehrssicherheit insgesamt klar schlechter geworden, also wie man so schön sagt, die Situation wurde verschlimmbessert. Sowohl für Bus und Autos, als auch für die Radfahrer sind zwei künstliche, gefährliche Nadelöhre entstanden, besonders in der Nacht und bei Nässe. Für die Fussgänger hat sich nichts verändert, konnten sie doch auch bisher trotz den Parkplätzen problemlos auf den Trottoirs zirkulieren.

Fragen

1. Hat der Stadtrat Kenntnis von der Unzufriedenheit von Teilen der Anwohner mit der neuen Situation?
2. Ist der Stadtrat gewillt, die Situation nochmals zu prüfen und allenfalls zu verbessern?
3. Ist der neu herrschende Schilderwald tatsächlich notwendig?
4. Ist die Sonnenbergstrasse als Unfallschwerpunkt bekannt?“

Stadtrat André Ingold (SVP)

„Die Fragen werden wie folgt beantwortet:

1. Ich spreche nun von mir und nicht vom Gesamt-Stadtrat. Ich als Sicherheitsvorstand wurde von zwei Personen direkt auf diese Situation angesprochen.
2. Im Rahmen des Gesamtverkehrskonzepts hat der Stadtrat festgehalten, dass er Massnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit bei Schulen und Kindergärten prüfen wird. Diesbezüglich wurde ein flächendeckendes Gutachten mit Prioritäten und Massnahmen erstellt. Die Abklärungen auf der Raubbühl- und Sonnenbergstrasse mit verdeckten Geschwindigkeitskontrollen haben ergeben, dass Massnahmen betreffend Geschwindigkeitsniveau sinnvoll und nötig sind. Darum haben wir diese versetzten Parkplätze so angeordnet an der Sonnenbergstrasse. Selbstverständlich, und das machen wir bei jeder umgesetzten Massnahme, wird die Situation im Auge behalten, weitere Messungen gemacht und je nach Resultat, die Situation zur Verbesserung der Verkehrssicherheit angepasst.
3. Ich gehe davon aus, dass sich der Schilderwald auf die Sonnenbergstrasse und deren Parkplätze bezieht. Es ist tatsächlich so, dass es dort vier, fünf Tafeln gleich hintereinander hat. Sofern keine Zone signalisiert werden kann, muss bei jedem aufgezeichneten Parkplatz immer ein Schild aufgestellt werden, auch wenn diese in Sichtweite mit anderen Parkplätzen sind. Sonst ergeben sich rechtliche Probleme bei einer allfälligen Übertretung.
4. Nein.



5. Flavia Sutter (SP/Grüne):

Ladenfläche im Erdgeschoss des Stadthauses

„Die Räumlichkeiten im Erdgeschoss des Stadthauses stehen schon seit einiger Zeit leer.

Fragen

1. Was ist geplant mit diesen Räumlichkeiten?“

Stadtrat Martin Bäumle (glp/GEU)

„Das Mietsverhältnis wurde gekündigt. In Zuge dessen wurde eine interne Klärung vorgenommen, ob ein Eigenbedarf für diese Räumlichkeiten besteht. Die Abklärungen sind am Laufen, ob der Raum für Verwaltungstätigkeiten zukünftig genutzt werden soll. Je nach Ausgang wird entweder ein Umbau oder eine Wiedervermietung stattfinden. Eine Wiedervermietung würde ich im aktuellen Stand aber als eher unwahrscheinlich bezeichnen.“

6. Flavia Sutter (SP/Grüne):

Steinflächen bei der Sonnental-Kreuzung

„Die grossen Steinflächen links und rechts der Sonnental-Kreuzung sind mit einer Folie und mit Steinen belegt, es wachsen ein paar Erlen. Die wenigen Wildkräuter, die sich durch Risse in der Folie bekämpft haben, werden gejätet. Aus Sicht des Naturschutzes sind dies tote und wertlose Flächen. Auch ästhetisch gesehen machen die Flächen einen schlechten Eindruck. Immerhin ist ja die Sonnental-Kreuzung ein bisschen wie das Tor zu Dübendorf, wenn man von Zürich her kommt. Die zuständigen Stellen sagen zwar, dass die Flächen begrünt werden sollen, aber leider ist seit dem letzten Mal nachfragen wieder einige Zeit verstrichen und es ist immer noch nichts passiert.

Fragen

1. Werden die Steinflächen im Sonnental begrünt?
2. Und wenn ja, wann?

Stadtrat Jürgen Besmer (FDP)

„Die Fragen werden wie folgt beantwortet:

1. Ja, es wird begrünt. Es wird eine Magerwiese geben, die zwei- bis dreimal geschnitten werden muss.
2. Der voraussichtliche Termin ist im Frühling 2018. Wir gehen davon aus, dass die Begrünung im April/Mai stattfinden wird, wenn die beste Anwachszeit ist.“

7. Patrick Schärli (CVP):

Sauberkeit und Sicherheit in der Bahnhofunterführung

„Nachdem der Reinigungsintervall in der Bahnhofunterführung erhöht wurde, hat sich das Thema Sauberkeit an diesem Ort grundsätzlich gebessert. Trotzdem ist nach wie vor sehr viel Littering zu beobachten. Gemäss Antwort des Stadtrates aus einer der letzten Fragerunden, wurde bzw. wird der Littering-Artikel aus der Polizeiverordnung so gut wie nicht angewandt. Nach unserer Meinung wäre eine Videoüberwachung in der Bahnhofunterführung eine mögliche Variante, nachdem dies nach der neuen Verordnung nun zulässig ist. Dies hätte den positiven Nebeneffekt, dass das subjektive Sicherheitsgefühl der Passanten und Anwohner erhöht würde.

Fragen



1. Was sind die Voraussetzungen, dass der Littering-Artikel aus der Polizeiverordnung auch in der Praxis angewandt werden kann, um das Littering zu reduzieren?
2. Welche Bedingungen müssten speziell in der Bahnhofunterführung erfüllt sein, damit der Littering-Artikel vermehrt umgesetzt werden könnte?
3. Wäre es für den Stadtrat eine denkbare Lösung in der Bahnhofunterführung eine Videoüberwachung einzuführen und wenn ja, bis wann wäre mit einer Umsetzung zu rechnen?

Stadtrat André Ingold (SVP)

„Die Fragen werden wie folgt beantwortet:

1. Litteringbussen können nur dann ausgesprochen werden, wenn dies direkt durch die Polizei festgestellt wird.
2. Dass die Fehlbaren beim Littering durch die Polizei erwischt werden.
3. Der Bahnhof Dübendorf wird seit Jahren von den Polizeistellen als Brennpunkt im Rahmen der Patrouillentätigkeit so viel wie möglich kontrolliert. Zur weiteren Erhöhung der subjektiven Sicherheit hat die Stadt Dübendorf vor längerer Zeit die SIP (Sicherheit-Intervention-Prävention) engagiert. Die SIP patrouilliert ebenfalls mehrmals an Abenden und Wochenenden den Bahnhof Dübendorf. Schwierig ist, dass im Bereich des Inside der Grund und Boden zwar öffentlich benutzt wird, aber nicht der Stadt, sondern privaten Institutionen gehört. Mittlerweile ist auch die Eigentümerschaft mit der Situation nicht mehr zufrieden und hat deshalb einen privaten Sicherheitsdienst eingesetzt. Es ist aber so, dass die Stadt Dübendorf eine Videoüberwachung zusammen auch mit der Reinigungsleistung prüfen wird. Wir werden voraussichtlich bis Ende Jahr bzw. anfangs nächstes Jahr wissen, was wir umsetzen können. Wir müssen dies natürlich auch mit den Privaten koordinieren. Nachher werden wir entsprechend beim Stadtrat einen Kreditantrag stellen.“

8. Tanja Boesch (BDP/EVP):

Sozialamt - Beschlüsse

Fragen

1. „Aus welchen Gründen wird einem Beschluss der Sozialbehörde die aufschiebende Wirkung entzogen?“
2. Bei zehn Beschlüssen wird wie vielen die aufschiebende Wirkung entzogen?“

Stadtrat Kurt Spillmann (SVP)

„Die Fragen werden wie folgt beantwortet:

1. Liegen besondere Umstände vor, kann die aufschiebende Wirkung entzogen werden. Dies bei groben Verstössen oder Verletzungen.
2. Das Verhältnis ist ungefähr 10 zu 1.“

9. Tanja Boesch (BDP/EVP):

Sozialamt - Mietkautionen

Fragen

1. „Falls jemand eine günstige Wohnung in Dübendorf finden sollte, hinterlegt das Sozialamt die Mietkaution, damit die Betroffenen eine Chance haben, eine Wohnung zu bekommen?“

Stadtrat Kurt Spillmann (SVP)

„Ja, wenn dies vorgängig vom Klient mit dem Sozialamt abgesprochen wurde und es wirklich keine Möglichkeit gibt, dass der Klient das Geld selbst aufbringen könnte. Dann sind wir selbstverständlich bereit, das Depot durch die Sozialhilfe zu finanzieren.“



10. Tanja Boesch (BDP/EVP):

Stadthausplatz / Sitzgelegenheiten

„Auf dem Stadthausplatz sind nach der Renovation bis heute keine Sitzgelegenheiten aufgestellt worden. Die Betonumrandungen bei den Bäumen sind kalt, meist im Schatten und nicht allzu sauber.“

Fragen

1. Wann ist die Platzierung von adäquaten Sitzgelegenheiten/Bänken geplant?“

Stadtrat Martin Bäumle (glp/GEU)

„Es handelte sich um eine Sanierung des Stadthausplatzes und eigentlich hatte es vorher auch keine „Bänkli“. Der Wunsch ist uns aber auch bekannt. Momentan sind Gespräche mit dem Verschönerungsverein Dübendorf in Gange, wohin man diese Sitzgelegenheiten stellen könnte. Ich möchte jetzt keinen Termin nennen, aber wir werden schauen, dass wir diesen Wunsch erfüllen können.“

Nachfrage Tanja Boesch (BDP/EVP)

„Braucht es ein Konzept, um „Bänkli“ aufzustellen auf dem Stadthausplatz? Und, Abfallkübel wären auch nicht schlecht.“

Stadtrat Martin Bäumle (glp/GEU)

„Ja, es braucht ein kleines Konzept, damit nachher auch die Kirche im Dorf bleibt.“

11. Andrea Kennel (parteilos):

Flugplatzrand Nord

„Am 26. November stimmen wir über die Umzonung des Flugplatzrand Nord ab (*zeigt Bild*). Dabei soll die der Seite 437 lila markierte Streifen von der Zone für Öffentliche Bauten (Oe) in die Zone Industrie und Gewerbe (IG4) umgezont werden. Der Nutzen dieser Umzonung ist für mich einleuchtend. Basierend auf der Weisung wird für mich aber nicht wirklich klar, was im Falle einer Ablehnung geschieht.“

Fragen

1. Welche Nutzung ist in der Zone „Öffentliche Bauten“ erlaubt?
2. Wie können die Gebäude ohne Umzonung sinnvoll weiter genutzt werden?
3. Falls nein: was geschieht mit den nicht mehr genutzten Gebäuden?
4. Welche Wertschöpfung ist mit Zone IG4, welche mit Oe möglich?

Stadtpräsident Lothar Ziörjen (BDP)

„Es ist klar, dass wenn wir eine Umzonung vornehmen, es möglich ist, dass die Hallen nachher neu genutzt werden können. Das bedeutet, dass KMUs und verschiedene Firmen in den bestehenden Gebäuden angesiedelt werden und die Wertschöpfung entsprechend generieren können. Die entsprechende Wertschöpfung kommt auf die entsprechenden Firmen an. Man geht aber davon aus, dass diese dann auch Steuern zahlen. Umgekehrt ist es, wenn wir die Zone Oe beibehalten müssen, sollten die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger den Antrag ablehnen. Dann sind praktisch nur öffentliche Nutzungen des Kantons, des Bundes und der Gemeinden möglich. Die Ansiedlung von privaten und KMUs wäre dann ganz klar nicht möglich. Man kann sich vorstellen, dass umgekehrt öffentliche Nutzungen dann wenig Wertschöpfung im Sinne von Steuersubstrat bringen werden. Die Frage ist natürlich nur, welches Interesse diese noch haben sollten, in diese Hallen nachher einzuziehen, wenn



sie keine Partner finden bzw. nicht mit Firmen zusammenarbeiten können. In diesem Bereich wären sie isoliert. Ich gehe davon aus, dass dann die Möglichkeit einer Ansiedlung eher gering sein wird. Die Gebäude stehen unter Schutz, das wissen wir alle. Dies bedeutet, dass diese auch nicht nur unter Schutz saniert werden müssen, sondern sie müssen auch entsprechend vorsichtig umgenutzt werden im Sanierungsbereich. Wer soll dies zahlen, wenn keine Wertschöpfung generiert wird? Die Gemeinden haben mit diesen Hallen eigentlich direkt nichts zu tun. Sie gehören jetzt dem Bund und werden nachher zusammen mit dem Gelände zur Nutzung an den Kanton übergeben. Momentan ist es so, dass der Kanton die Nutzniessung haben wird. Wenn er darunter keine Nutzer hat, wird er ein grosses Problem bekommen, was er mit diesen Hallen machen soll. Er könnte sie bspw. als Lagerhallen benutzen, was aber keine Wertschöpfung generieren würde. Dies würde ich sehr schade finden. Darum bin ich der Meinung, dass man sie so, wie es der Stadtrat beantragt hat, betrachten sollte. Es ist eine sinnvolle Umnutzung, damit wir die bestehenden Hallen in Zukunft wieder sinnvoll nutzen können. Damit sind auch Investitionen möglich, damit die Hallen auch baulich und energetisch auf dem neuesten Stand gebracht werden können. Dies geht jedoch nur, wenn die Umnutzung auch durch die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger genehmigt wird.

12. Bruno Fenner (BDP/EVP):

Alterswohnungen im Zentrum

„Zuerst ist ein Jahr vergangen, bis man das Grundstück hinter dem „Hecht“ öffentlich ausgeschrieben hatte. Und heute, genau nochmals ein Jahr später, weiss man immer noch nicht, wer jetzt den Zuschlag bekommen hat. Mir ist durchaus bewusst, dass in einer Verwaltung alles ein wenig länger dauert. Aber wenn ich als Privater so arbeiten würde, wäre ich schon längstens Konkurs. Wie ich vom Dachverband Wohnbaugenossenschaften gehört habe, gab es auch kommerzielle Bewerber. Falls ein kommerziell ausgerichtetes Unternehmen den Zuschlag erhalten hat, würde sich natürlich die Frage stellen, ob dies wirklich im Sinne unserer Initiative (nämlich Baugenossenschaft, Kostenmiete etc.) gewesen wäre. Jetzt bin ich aber gespannt, auf die Antwort des Stadtrates.“

Stadtrat Martin Bäumle (glp/GEU)

„Als ich die schriftlich eingereichte Frage gelesen habe, stellte ich fest, dass es die gleiche ist, wie vor einem Jahr.“

Frage 1: Wann und wo wurde das Grundstück öffentlich ausgeschrieben?

Am 6 Januar im Glattaler und rund einen Monat lang im Homegate.

Frage 2: Wie viele Angebote sind eingegangen?

Dazu möchte ich nur sagen: Mehr als drei.

Damit wären die Fragen eigentlich beantwortet und ich könnte aufhören. Ich gehe aber davon aus, dass Bruno Fenner nicht diese Antworten hören wollte, sondern dass er wissen will, wo wir jetzt stehen. Darum versuche ich nun die Frage, welche er vorhin mündlich gestellt hat, zu beantworten.

Es gab eine erste Runde mit den Bewerbern, die sich angemeldet haben. Ich werde keine Anzahl und auch keine Namen nennen, da es sich um ein internes Verfahren handelt. Nach dieser ersten Runde gab es eine Beurteilung. Aus dieser Beurteilung gab es eine zweite Runde. Und nach dieser zweiten Runde haben wir nun einen Zwischenhalt gemacht, weil verschiedene Abklärungen nun getroffen werden müssen. Auch hier möchte ich nicht ins Detail gehen. Das Ziel ist aber nach wie vor, noch dieses Jahr eine Vergabe zu machen. Ursprünglich war eigentlich die Idee, dass diese Vergabe nach den Sommerferien gemacht werden könne, das ist wegen diesem Zwischenschritt leider nicht gelungen. Es dauert so lange, weil es nicht ganz so einfach ist, wie es tönt. Eine schnelle Vergabe könnte unter Umständen zu mehr Problemen führen, als wenn man es sauber vorbereitet und die Betroffenen auch wissen, worauf sie sich einlassen.“

Bruno Fenner (BDP/EVP)



„Es stimmt, ich habe den falschen Anhang geschickt, nämlich denjenigen vom letzten Jahr. Aber Martin Bäumle hat meine Fragen herausgehört und bereits beantwortet.“

13. Burkhard Huber (glp/GEU):

Revision Nutzungsplanung und kommunaler Richtplan Flugplatzrand Nord

„Ich kann die Einleitung kurz halten, da wir sie eigentlich bereits bei der Frage von Andrea Kennel gehört haben. Es geht um die Umzonung des Gürtels beim Flugplatzrand Nord. Es sind mir ein paar Fragen aufgefallen, von denen ich denke, dass es hilfreich wäre, wenn wir dazu noch mehr Informationen bekommen würden.“

Fragen

1. Wie schätzt der Stadtrat die dynamische Entwicklung des Steuersubstrates für die Stadt Dübendorf ein, das aus
 - a) der geplanten Umzonung des Flugplatzrandes Nord und
 - b) des späteren Innovationsparks resultiert?“

Stadtrat Martin Bäumle (glp/GEU)

„Eine kurze Antwort ist, dass der Finanzvorstand nicht das Orakel von Delphi ist. Ich möchte die beiden Fragen auseinandernehmen. Die Umzonung alleine bedeutet, es wurde vorher auch vom Stadtpräsidenten ausgeführt, dass rein durch die mögliche Mehrnutzung grundsätzlich mehr Wertschöpfung stattfinden können als bei der heutigen Situation. Das ist sicher positiv. Allerdings löst das alleine sicher kein Steuersenkungspotential aus. Das muss man wohl auch festhalten.“

Etwas anders wird es beim Innovationspark sein. Das wird jedoch eine schrittweise Entwicklung über 10, 20, 30 Jahre sein. Dort gibt es einen direkten Nutzen von allfälligen Ansiedlungen, was jedoch sehr von den Ansiedlungen abhängt. Wenn sich bspw. eine Google-Forschungsabteilung wäre dies steuerlich unter Umständen sehr interessant. Wenn das eher andere Firmen sind, kann dies weniger sein. Das kann man zum heutigen Zeitpunkt nicht abschätzen. Was man sicher auch sagen kann, ist, dass der indirekte Nutzen, der stattfindet, das ist für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, also Menschen die hier wohnen, dass es für die Region einen klar zusätzlichen Nutzen bringen wird. Dübendorf wird davon sicher zum Teil profitieren, aber selbstverständlich werden nicht alle, die dort arbeiten, in Dübendorf wohnen. Es wird also der Region zugutekommen und Dübendorf auch. Eine Schätzung, was hier an Wertschöpfung resp. Steuersubstrat generiert werden wird, ist sehr schwierig über die ganze Zeit. Ob das dann 1, 2, 3, 4 oder 5 Prozent sind über die Zeitperiode von 20, 30 Jahre, in diesem Rahmen wird es sich wohl bewegen. Das ist das Potential, welches das Grundstück längerfristig bringen könnte. Kurzfristig wohl sehr wenig, längerfristig viel mehr.“

14. Stefanie Huber (glp/GEU):

Abstimmung vom 26. November 2017 zum Nutzungsplan Flugplatzrand Nord

„Es gibt nochmals ein Thema, bei dem wir denken, dass der Stadtrat ergänzende Aussagen machen müsste.“

Fragen

1. Was bedeutet die Vorlage zum Flugplatzrand Nord bezüglich Verkehrsentwicklung für Dübendorf (MIV, ÖV)?



2. In welchem Zeithorizont spielen sich die erwarteten Entwicklungen ab?
3. Und wie ist die Entwicklung im Zusammenhang mit dem Innovationspark zu sehen?“

Stadtpräsident Lothar Ziörjen (BDP)

„Bei der einen Frage geht es um den Flugplatzrand Nord. Es geht um das Verkehrsaufkommen des Teils, welchen wir vorhin bereits in einer vorhergehenden Frage erläutert haben. So wie man es umrechnen kann, geht man davon aus, dass es sich um 700 Fahrzeuge pro Tag handeln werde. Der zweite Teil der Fragen betreffend Innovationspark betrifft einen anderen Zeithorizont, nämlich bis ins Jahr 2030. Die Basis der Berechnung ist aus dem Jahr 2012, mit dem Verkehrsmodell hat man hochgerechnet. Verkehrsmodelle sind eigentlich relativ stabil und zuverlässig. Man ist davon ausgegangen, dass es zwischen 16'000 und 25'000 Bewegungen auf dem Netz in diesem Bereich, ohne Innovationspark, geben wird. Das ist der Teil an Verkehrsbewegungen, der sowieso passieren wird und hat mit dem Innovationspark nichts zu tun. Was wird der Innovationspark für Verkehr auslösen? In der Etappe, in der man im Gestaltungsplan und auch in der Festsetzung des Regierungsrats zu beurteilen hat, sind das rund 7'000 Bewegungen, die aus dem Innovationspark entstehen. Und zwar fahren diese raus im Dürnbach, wo es einen Knoten gibt. Es wird dort einen neuen Anschluss auf die Wangenstrasse geben. Von diesen rund 7'000 Fahrzeugen (ich wiederhole, wir sprechen hier vom Jahr 2030) werden rund 1'400 in Richtung Bahnhof fahren und der Rest bewegt sich in Richtung Autobahn. Davon geht wieder ca. 13 % in Richtung Winterthur und der Rest in Richtung Zürich. Das sind die Zahlen, die aus dem Kantonalen Gestaltungsplan herausgelesen werden können. Dieser ist öffentlich und kann von jedem nachgeprüft werden. Beim ÖV ist es natürlich so, dass das ganze Konzept auf einem Anteil 60 % ÖV beruht. Es gibt sowieso einen Busvorlauf, anders geht es nicht. Das heisst, wenn relativ wenig Aufkommen ist, kann man auch kein Schienengebundenes ÖV-Angebot bauen. Wann dies der Fall sein wird? Der ZVV wird dies dann auslösen, wenn die Nachfrage da ist. Man geht davon aus, dass vom Zeitpunkt der Initiierung her bis zum Zeitpunkt der Inbetriebnahme etwa 15 Jahre vergehen. Es braucht einen rechten Vorlauf, aber die Entwicklung auf den Innovationspark wird sehr gemächlich sein. Wir gehen davon aus, dass es wohl zwei bis drei Generationen brauchen wird, bis es überhaupt aufgefüllt wird. Es wurde ganz bewusst so geplant, damit wir nicht irgendwann sagen müssen, dass es einen neuen Standort braucht. Darum ist auch der Teil, von dem wir jetzt sprechen, ein Mehrgenerationenprojekt.“

15. Bruno Eggenberger (BDP/EVP): Glattaler

„Im Glattaler vom 3. November 2017 wurde mitgeteilt, dass die Redaktionsstelle in Dübendorf per Ende Jahr gestrichen wird. Der Anzeiger von Uster hat diese Mitteilung aber bereits am 25. Oktober 2017 gemacht. Im Zeitalter der schnellen Kommunikation fragt sich, ob es die Chefredaktion nicht fertigbringe, dass Dübendorf zur gleichen Zeit informiert wird? In Dübendorf passierte das dann erst am 27. Oktober 2017. Mit der Aufhebung der Redaktion in Dübendorf vernichtet man eine über 100-jährige Geschichte.“

Fragen

1. Wann wurde der Stadtrat informiert, dass die Redaktion in Dübendorf geschlossen wird?
2. Wie will der Stadtrat eine umfassende Information für eine Stadt, die bald 29'000 Einwohner hat, gewährleisten?
3. Wie soll die bevorstehende Gemeinderats- und Stadtratswahlen begleitet werden und welche Zusagen hat der Stadtrat diesbezüglich von der Chefredaktion?
4. Wie hoch sind die jährlichen Kosten für die amtlichen Mitteilungen im Glattaler?
5. Was passiert mit dem Archiv des Glattalers?“

Stadtpräsident Lothar Ziörjen (BDP)



„Es tut mir leid, wir sind langsam unter uns, denn die Presse ist nicht mehr anwesend. Haben Sie es bemerkt, dass der Presstisch leer ist? Ich habe nicht bemerkt, wann sie gegangen sind, ob direkt nach der Fraktionserklärung oder erst später. Somit beantworte ich diese Frage gerne Ihnen, denn die Presse wollte ja offenbar nicht mehr hören, was über sie gesagt wird.“

1. Der Stadtrat hat am 24. Oktober 2017 über unsere Infoadresse, info@duebendorf.ch, eine Medienmitteilung erhalten, worin mitgeteilt wurde, dass die Redaktion in Dübendorf geschlossen werden soll. Dass die Redaktion auf Wetzikon verschoben wird und 7 Personen entlassen werden, war die Mitteilung über diese Infoadresse. In der gleichen Infoanfrage haben wir dann das Angebot vom Glattaler resp. vom Zürcher Oberländer für ein Mittagessen erhalten, damit sie uns darüber noch informieren können. Dieses Angebot konnten wir noch nicht umsetzen, da wir noch keinen Termin gefunden haben. Ich habe es vorhin schon erwähnt, alles was sie heute mit ihren Fragen öffentlich machen wollten, bleibt unter uns. Ausser Sie tragen es selbst in die Öffentlichkeit. Wie der Glattaler resp. der Zürcher Oberländer damit umgehen will, weiss ich noch nicht. Aber ich weiss, dass ich dies so nicht einfach hinnehmen werde, auch in Ihrem Namen nicht. Ich werde es nicht einfach so hinnehmen, dass die Presse den Saal einfach so verlässt und die Öffentlichkeit nicht mehr informieren will. Da werde ich ganz klar auf den Tisch hauen, denn so geht es nicht.
2. Zusagen haben wir logischerweise noch keine erhalten, da wir ja noch gar kein Gespräch führen konnten. Wir werden dies selbstverständlich bei diesem Treffen ansprechen und auch besprechen, was für eine Berichterstattung von Wetzikon über Dübendorf stattfinden soll. Das ist uns auch noch ein Rätsel. Wir werden auch dort dranbleiben.
3. Betreffend Kosten: Wir zahlen dem Zürcher Oberländer jeweils Fr. 155'000.00. Davon betreffen rund 90 %, also rund Fr. 140'000.00 amtliche Publikationen.
4. Das Thema Archiv muss ebenfalls mit den zuständigen Personen geklärt werden. Ich weiss auch noch nicht, wie die sich das vorstellen. Ich weiss nicht, ob sie das Archiv vernichten, es mit auf Wetzikon nehmen oder es uns schenken. Ich weiss nur, dass in der Vergangenheit alle Zeitungen im Estrich gehütet wurden, als sich der Glattaler noch am Lindenplatz befand. Das ist aber eine gute Frage, wir werden dieser nachgehen.

Wir haben genug Themen, die geklärt werden müssen. Ich werde Sie gerne wieder informieren, wenn wir mehr wissen.“

Die Richtigkeit bescheinigt

Beatrix Pelican
Gemeinderatssekretärin